

FRANK JUNGBLUTH

Pressesprecher

ANSCHRIFT Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover

TELEFON 0511/3030-4011/13

FAX 0511/3030-4808

E-MAIL spdpreise@Lt.niedersachsen.de

INTERNET www.spd-fraktion-niedersachsen.de
www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen
www.twitter.com/SPD_FraktionNDS

26.02.2014

Pressemitteilung Nr. 17-263

Schminke: Missbrauch von Werkverträgen weiter bekämpfen

Der Niedersächsische Landtag hat heute mit den Stimmen der Regierungsfractionen den EntschlieÙungsantrag „Missbrauch von Werkverträgen bekämpfen“ verabschiedet.

Damit leisten die Regierungsfractionen einen weiteren VorstoÙ gegen prekäre Beschäftigung. „Gute Arbeit und der Grundsatz ‚gleicher Lohn für gleiche Arbeit‘ zählt wieder in Niedersachsen“, betont der SPD-Landtagsabgeordnete Ronald Schminke, Experte für Arbeitsmarktpolitik.

„Das Klima in Niedersachsen verändert sich seit dem Regierungswechsel deutlich. Durch die Einführung eines Mindestlohns in der fleischverarbeitenden Industrie und im Einzelhandel hat sich die Situation für tausende Werkvertragsarbeiter schon spürbar verbessert“, erklärt Schminke weiter. „Insbesondere müssen auch Werkvertragsarbeiter auf unseren Baustellen geschützt werden, denn auch hier werden durch die Zollbehörden immer wieder Verstöße festgestellt.“

Die Landesregierung wird sich nun auf Bundesebene dafür einsetzen, dass sich die politischen Rahmenbedingungen für Werkvertragsbeschäftigte weiter verbessern. „Wir wollen beispielsweise mehr Mitbestimmung der Betriebsräte, eine personelle Verstärkung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) und neben einem

flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn tarifliche Mindestlöhne über das Arbeitnehmer-Entsendegesetz einführen“, macht der Landtagsabgeordnete deutlich. „Außerdem wollen wir die Überprüfung durch die Behörden anhand klarer Abgrenzungskriterien zwischen ordnungsgemäßen und missbräuchlichen Fremdpersonaleinsatz vereinfachen.“

Die Landesregierung hat bereits erste Meilensteine gesetzt und Beratungsstellen insbesondere für osteuropäische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingerichtet. „Wir begrüßen die Einrichtung der Beratungsstellen. Die Erfahrungen in den letzten Wochen haben gezeigt, dass es Bedarf gibt. Die Beratungsmöglichkeiten werden von Betroffenen gut angenommen“ erklärt Ronald Schminke. Zur Bekämpfung der Missstände bei Unterkünften von Werkvertragsbeschäftigten hat die Landesregierung in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden einen Erlass erteilt, der bauliche Anforderungen an sichere und gesunde Unterkünfte konkretisiert.